

„Riskant und schlecht kommuniziert“

FINANZEN Kritik an Antrag zu Renertec und BioEnergie

WÄCHTERSBACH (red/cw). „Mangelhafte Informationen und eine riskante, für die Stadt nachteilige Entscheidung“. So bewerten die Wächtersbacher CDU-Fraktion und der Linke-Stadtverband einen Magistratsbeschlussvorschlag für die heutige Stadtverordnetenversammlung. Dieser sieht die Annahme eines Angebots der Firma Renertec vor, die Pachteinnahmen der Windkraftanlagen von Jahreszahlungen in eine Einmalzahlung umzuwandeln. Allerdings würden dann statt insgesamt 630 000 Euro nur 355 000 Euro an die Stadt fließen. Gleichzeitig sollen von diesem Betrag 300 000 Euro als Gesellschafterdarlehen an die BioEnergie Wächtersbach vergeben werden.

„Der CDU-Fraktion sowie dem SPD-Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses wurden in der letzten Sitzung wesentliche Informationen vorenthalten. Es ging um die Beratung und Beschlussfassung zum Vorschlag der Firma Renertec. Den Hintergrund für die Beschlussfassung, dass der Windpark mittlerweile auf vier Betreiber beziehungsweise Eigentümer aufgeteilt und eine GbR gegründet wurde, sowie die Begründung von Bürgermeister Andreas Weiher, dass die Gefahr eines Zahlungsausfalls bestehen würde, war uns zum Zeitpunkt der Beratung nicht bekannt“, kritisiert nun die Union in einer Pressemitteilung.

Erster Stadtrat Oliver Peetz (SPD), der den erkrankten Bürgermeister in der Sitzung vertrat, habe zu keinem Tagesordnungspunkt Stellung bezogen, so die CDU. Dafür hätte der als sachkundiger Bürger geladene Alt-Bürgermeister Rainer Krätschmer (SPD) zu den meisten Themen an diesem Abend Kommentare abgegeben, obwohl dies die Geschäftsordnung nicht vorgebe. Doch auch seine Aussagen seien für die CDU nicht verwertbar gewesen. Sehr verwundert habe die Union, dass Peetz als SPD-Vorsitzender allerdings wichtige Informationen zur neuen Vertragspartnersituation auf der Wächtersbacher SPD-Homepage veröffentlicht und die Stadt den vom Inhalt her gleichen Artikel als Pressenachrichtung geschaltet habe. Dies sei völlig inakzeptabel und zeige deutlich, dass der Informationsfluss zur SPD-Mehrheitsfraktion besser laufe als zur Opposition, so die CDU-Fraktion. „Wie können wir für die Bürger wichtige Entscheidungen treffen, wenn uns wesentliche Grundlagen wissentlich vorenthalten werden?“ Auch der gleichzeitige Beschluss des Darlehens an die BioEnergie zusammen mit der Renertec-Vertragsänderung habe so nicht auf der Tagesordnung gestanden, so die CDU. Auf ihre Nachfragen zur Bo-

nität der BioEnergie, Rentabilität und wie der weitere Netzausbau aussehe, wie viele Kundenanfragen es gebe oder weshalb die BioEnergie sich das Darlehen nicht bei den Banken besorge, sei nicht eingegangen worden. Eigentlich sei eine zweite Ausschusssitzung nötig, um diese wichtigen Fragen und Antworten zu diskutieren, dann hätten alle beteiligten Fraktionen den gleichen Wissensstand, um ihre Entscheidung zu fällen, so die Union.

Linke: Geld besser nutzen

Drastischer fällt die Kritik der Linken aus. So sei die Begründung Weiher's noch nachvollziehbar, das Geld jetzt komplett auszahlen zu lassen, sollte der Windkraftbetreiber insolvent werden. Unverständlich sei aber, weshalb der größte Teil dann als Darlehen in die BioEnergie fließen solle und nicht den Bürgern zugute komme, schreibt die Linke in einer Pressemitteilung. Darauf fehle ihr vonseiten der SPD eine plausible Antwort und sie unterstellen der SPD eine Verschleierungstaktik, indem sie heute beide Anträge gemeinsam abstimmen lassen. „Warum machen die das? Inwieweit vertreten die SPD-Stadtverordneten den Willen der Wächtersbacher Bürger und nicht den der Privatindustrie?“ Das seien Fragen, die die Wächtersbacher Bürger ihren Vertretern direkt stellen sollten, denn alle würden dafür bezahlen müssen. So bringe der weitere Kredit an die BioEnergie jährlich 15 000 Euro, solange diese zahlen könne. „Anscheinend haben die SPD-Vertreter keine Angst vor einer Insolvenz der BioEnergie. Aber wie man eine jährliche Einnahme von 15 000 Euro statt 26 250 Euro aus der Windkraftpacht als Gewinn verkaufen kann, das muss erst mal jemand außer den SPD-Stadtverordneten verstehen“, so die Linke. Sie befürchtet, dass die BioEnergie auf andere Weise keinen Kredit mehr auf dem öffentlichen Markt bekomme. Das sei schlimm. Denn BioEnergie sei im Prinzip gut. Schlimmer sei allerdings, dass die SPD-Stadtverordneten weiter Geld hineinschössen, das ihnen nicht gehöre. „Warum sollen die Wächtersbacher diese riskante Geldanlage vornehmen? Und dann noch auf 24 Jahre; da sind 300 000 Euro nur noch ein Bruchteil dessen wert. Eine Stadt ist doch keine Kredit gebende Bank. Wäre das Geld nicht viel besser für Kindergärten, Vereine, AWO, Straßen, öffentliche Einrichtungen verwendbar?“, fragt die Linke. Sie wirft der SPD vor, mit dem Geld der Bürger „Lotterie zu spielen“.

GT 5.2.15